

Kraukauer Zeitung.

Nr. 233.

Donnerstag, den 11. October

1860.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Inserationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Zeile für 14 Tage 1 fl. 10 Nkr. — Zusatze-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

Einladung zur Pränumeration auf die „Kraukauer Zeitung“

Mit dem 1. October 1860 begann ein neues vierteljähriges Abonnement unseres Blattes. Der Pränumerationspreis für die Zeit vom 1. October bis Ende December 1860 beträgt für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., für auswärts mit Inbegriff der Postsendung, 5 fl. 25 Nkr. Abonnements auf einzelne Monate werden für Kraukau mit 1 fl. 40 Nkr., für auswärts mit 1 fl. 75 Nkr. berechnet.

Bestellungen sind für Kraukau bei der unterzeichneten Administration, für auswärts bei dem nächst gelegenen Postamt des In- oder Auslandes zu machen.

Die Administration.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 13. September d. J. den erledigten Posten eines General-Consuls für Bosnien Allerhöchstem Kämmerer und Legationsrath Grafen Nikolaus v. Giorgi allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 29. September d. J. dem Hofrathlichen Privat-Dozenten Seibel zu St. Marienkirchen in Ober-Österreich in Anerkennung seiner vielfährigen belobten Wirksamkeit das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 1. October d. J. den habilitirten Privat-Dozenten und Scripator der kaiserlichen Universitäts-Bibliothek Dr. Heinrich Heymann zum außerordentlichen Professor des kanonischen Rechts an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Kraukau allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Minister für Kultus und Unterricht hat den bisherigen Regierender Schulrath Supplenten Karl Reich zum wirklichen Lehrer an demselben Gymnasium ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Kraukau, 11. October.

Die „N. V. Z.“ bringt nach einem ihr überlassenen Privatbriefe die Einzelheiten eines „auf endliche Veruhigung der Dynastien und Völker“ abzielenden Planes, der ernstlich wohl nur als contrecoup gegen Warschau gemeint, dem jedoch zu voller Wirksamkeit die Hauptsache, die Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit des Urhebers fehlt. „Louis Napoleon“ heißt es darin, „macht sich verbindlich, die Herrschaft des Papstes wieder herzustellen, wenn Se. Heiligkeit (das Original sagt ohne viele Umstände „ce dernier“) die französische Constitution im Kirchenstaate einführen will. Napoleon garantiert Sardinien nichts als die Lombardie. Die Annerion aller anderen insurgirten italienischen Staaten erkennt Frankreich nicht an. D. Sardinien den Tractat von Villafranca nicht ausgeführt (appliqué) hat, so erkennt Napoleon die Berechtigung Oesterreichs zur Intervention ebenfalls an, wie er dieselbe für sich in Anspruch nimmt; aber er erklärt auch, daß ein Angriff auf die Lombardie (die bekanntlich von Oesterreich an Frankreich nicht an Sardinien abgetreten wurde) als eine Kriegserklärung für Frankreich betrachtet werden würde. Napoleon verlangt (reclame) von allen italienischen Souveränen die Einführung der französischen Constitution und die Ausführung des Tractats von Villafranca, an der Intercorrection keinen Grund zur Fortdauer zu nehmen. Um alles Vorbenannte auszuführen, müßte vor Henri V. (Graf Chambord) das christliche Versprechen erlangt werden, daß er — in Ermangelung einer Nachkommenschaft — Napoleon auf seinen Nachfolger (continuateur) auf dem französischen Thron betrachte (regarde), daß sich die Orleans der Felonie gegen ihn schuldig gemacht haben. Ehe d. Napoleon aber mit der Revolution bricht, will er, daß die französischen Legitimisten ihn auf Befehl Henri V. als ihren Souverän anerkennen. Wenn dies Alles sich realisiert, so würde Napoleon der Erste sein, welcher Henri V. den Titel: Königliche Majestät (nicht: König von Frankreich) giebt und ihm anbietet, nach seinem Wohlgefallen einen beliebigen Ort im Kaiserthum Frankreich zu seiner Residenz zu wählen. Als Basis der Unterhandlungen würde Napoleon sofort seine Armee in Rom verstärken, um den Papst an Verlassen seiner Hauptstadt zu hindern und um Garibaldi und die Piemontesen aus einander zu halten. Dann sei aber auch keine Zeit zu verlieren, um den Wahlen für die Annerion zuvorzukommen.“ So lautet das curious Actenstück, dessen Existenz verbürgt wird.

Der „Courr. du Dimanche“ verabschiedet offenbar im Allerhöchsten Auftrag, die Warschauer Konferenz. Das Bestreben der Tuilerien, die Konferenz bis zu einem gewissen Punkt systematisch zu verdrängen, ist augenscheinlich. Findet dieselbe ohne alle Beteiligung von bonapartistischer Seite statt, so ist sie eine Allianz der Reaction gegen die geheiligten Ideen der Revolution von 1689. Gelingt es irgendeinem französischen Diplomaten durch eine Hinterthür Einlaß zu gewinnen, so ist die Vorbereitung für die Konferenz, durch welche Louis Napoleon die Anerkennung der faits accomplis erzielen möchte.

Der Herzog von Montebello hat, wie man der „Kön. Ztg.“ schreibt, in Paris angefragt, ob er sich während der Zusammenkunft nach Warschau begeben solle, um die versammelten Souveräne im Namen seiner Regierung zu begrüßen. Seine Anfrage wurde einstweilen verneinend beantwortet.

Das Reuter'sche Bureau meldet, die Zusammenkunft in Warschau werde sich mit den Grundlagen eines Programmes für den demnächst wegen der italienischen Frage stattfindenden Kongress beschäftigen, deren Genehmigung durch Frankreich und Großbritannien vorbehalten bleibe. Die Botschafter Preußens und Oesterreichs zu Petersburg würden der warschauer Zusammenkunft beiwohnen.

Die Verhandlungen zwischen Belgien und Frankreich wegen Abzuges eines Handelsvertrages scheinen nach langen Präliminarien endlich doch ernst zu werden. Man ist jedoch, schreibt man der „Donau-Ztg.“ aus Brüssel, hier nicht ganz sicher, ob dieselben zu einem günstigen Ziele führen werden. Die französische Regierung scheint nämlich einen besonderen Werth auf gewisse politische Rücksichten legen zu wollen, über die man hier ganz abweichende Ansichten hegt. Andererseits ist die hier herrschende Stimmung, welche in Paris schon mehr als einmal Anstoß erregt hat, auch nicht besonders geeignet, eine Verständigung zu fördern. Die Franzosen waren seit langer Zeit gewöhnt, Belgien als eine Art Anhängsel von Frankreich zu betrachten, und es ist deshalb kaum zu wundern, wenn man in Paris die jüngsten das Gegentheil darthunenden Kundgebungen nicht mit den günstigsten Augen ansieht.

Nach Reuter's Bureau soll Freiherr v. Schleier eine neue Depesche an den Freiherrn v. Werther in Wien gerichtet haben, welche durchblicken läßt, Preußen werde bald genöthigt sein, der Frage der deutschen Herzogthümer seine Aufmerksamkeit zuzuwenden und Oesterreichs Mitwirkung in dieser Hinsicht Anspruch zu nehmen.

gewissen Punkt systematisch zu verdrängen, ist augenscheinlich. Findet dieselbe ohne alle Beteiligung von bonapartistischer Seite statt, so ist sie eine Allianz der Reaction gegen die geheiligten Ideen der Revolution von 1689. Gelingt es irgendeinem französischen Diplomaten durch eine Hinterthür Einlaß zu gewinnen, so ist die Vorbereitung für die Konferenz, durch welche Louis Napoleon die Anerkennung der faits accomplis erzielen möchte.

Der Herzog von Montebello hat, wie man der „Kön. Ztg.“ schreibt, in Paris angefragt, ob er sich während der Zusammenkunft nach Warschau begeben solle, um die versammelten Souveräne im Namen seiner Regierung zu begrüßen. Seine Anfrage wurde einstweilen verneinend beantwortet.

Das Reuter'sche Bureau meldet, die Zusammenkunft in Warschau werde sich mit den Grundlagen eines Programmes für den demnächst wegen der italienischen Frage stattfindenden Kongress beschäftigen, deren Genehmigung durch Frankreich und Großbritannien vorbehalten bleibe. Die Botschafter Preußens und Oesterreichs zu Petersburg würden der warschauer Zusammenkunft beiwohnen.

Die Verhandlungen zwischen Belgien und Frankreich wegen Abzuges eines Handelsvertrages scheinen nach langen Präliminarien endlich doch ernst zu werden. Man ist jedoch, schreibt man der „Donau-Ztg.“ aus Brüssel, hier nicht ganz sicher, ob dieselben zu einem günstigen Ziele führen werden. Die französische Regierung scheint nämlich einen besonderen Werth auf gewisse politische Rücksichten legen zu wollen, über die man hier ganz abweichende Ansichten hegt. Andererseits ist die hier herrschende Stimmung, welche in Paris schon mehr als einmal Anstoß erregt hat, auch nicht besonders geeignet, eine Verständigung zu fördern. Die Franzosen waren seit langer Zeit gewöhnt, Belgien als eine Art Anhängsel von Frankreich zu betrachten, und es ist deshalb kaum zu wundern, wenn man in Paris die jüngsten das Gegentheil darthunenden Kundgebungen nicht mit den günstigsten Augen ansieht.

Nach Reuter's Bureau soll Freiherr v. Schleier eine neue Depesche an den Freiherrn v. Werther in Wien gerichtet haben, welche durchblicken läßt, Preußen werde bald genöthigt sein, der Frage der deutschen Herzogthümer seine Aufmerksamkeit zuzuwenden und Oesterreichs Mitwirkung in dieser Hinsicht Anspruch zu nehmen.

Der König-Ehrenmann (ein Correspondent der „N. V. Z.“) aus Rom setzt den Ré galantuomo bereits auf Hals und nennt ihn Ré Mezzo-galantuomo, eine Bezeichnung, die einen etwas anrührenden Beigeschmack hat) erklärt in seinem Tagesbefehl, es treibe ihn, die Gefahren der Truppen zu theilen. Da der rühmwürdige Feldzug im Kirchenstaate abgethan ist, zieht sich das vielleicht auf die Annerion der kleinen Republik San Marino. Diese älteste Republik, welche von vier Sendarmen verteidigt wird, ist nämlich dieser Tage von einem piemontesischen Bataillon besetzt worden. Der König sucht in der Uebung zu bleiben und handelt nach der bekannten auch in der Hölle üblichen Maxime.

Herr Nigra ist am 4. d. in Turin angekommen und befindet sich, so zu sagen, in permanenter Conferenz mit dem Grafen Cavour. Die Nachrichten, welche er aus Paris bringt, schreibt man der „Kön. Zeitung“, sind sehr beruhigend; das glaube ich mit Bestimmtheit melden zu dürfen, und man sieht hier der baldigen Wiederaufnahme der politischen Beziehungen zwischen Frankreich und Sardinien entgegen. Der Kaiser ist noch wie vor fest entschlossen, seine directe Einmischung in die italienischen Angelegenheiten lediglich auf die Verteidigung von Rom und dessen Umgebung zu beschränken, so lange der Papst seine Staaten nicht verläßt. Im Uebrigen wolle man den Einwirkungen Italiens und den Absichten Victor Emanuels nicht entgegenstehen; vielmehr sei Frankreich geneigt, die Anstrengungen Italiens durch seinen Einfluß zu unterstützen, so weit dies ohne Intervention geschehen könne. Die Einverleibung des Königreiches der Sicilien, wie der mittelitalienischen Provinzen, welche sich eben vom Papste losgerissen haben, wird nun in Paris mit Vergnügen gesehen, und rath man von dort aus zu energischem Vorgehen und warnt vor Verzögerungen. (N. amand hat an dem vollen Einverständnis der beiden Regierungen gewarnt. D. Red.) Dem „Schwab. Mercur“ schreibt man: „Wenn überhaupt noch vom Völkerrechte oder auch nur von einem correcten diplomatischen und internationalen Verfahren die Rede sein kann, so müßte man sich über

die gemüthliche Aufrichtigkeit verwundern, womit der Graf Cavour im Parlamente erklärte, Piemont verdränge „für jetzt“ auf einen Angriff gegen Venetien; in anderen Zeiten würde eine solche unverholene Drohung gegen einen Staat die ganze Diplomatie in Aufruhr gebracht haben, jetzt wird sie dem sardinischen Minister Dank wissen für seine — Mäßigung.“

Das officielle „Giornale di Roma“ vom 28. Sept. wiederholt, daß die Mittheilungen des französischen Gesandten Duc de Grammont die Römische Regierung in der Ueberzeugung bestärkt hätten, Frankreich werde sich dem Einfall der Piemontesen in die Kirchenstaaten widersetzen. Der piemontesische General Cialdini scheint sich übrigens mit sehr großer, obgleich sehr un diplomatischer Aufrichtigkeit über die Sachlage auszubringen, und es ist jedenfalls ein mißlicher Umstand für die französische Regierung, daß gerade dieser General beim Kaiser in Chambéry war, von wo er unverzüglich an die Arbeit ging. Daher denn auch das ohne Zweifel unwahre Gerücht, der Kaiser habe ihm gesagt: *Faites, mais faites vite!*

Die „Patrie“ versichert in der Beantwortung der ihr vom „Giornale di Roma“ (N. o.) gemachten Replik, die französische Regierung habe in ihren dem Römischen Hofe über eine eventuelle Invasion Piemonts gemachten Erklärungen nicht sagen wollen, sie würden sich einem solchen Unternehmen mit Waffengewalt entgegenstellen, — wie dies alle Welt bisher glaubte — sondern zu dessen Verhinderung bloß alle Mittel der Ueberredung anzuwenden, und dies habe sie auch gethan.

Die Stelle der letzten päpstlichen Allocution, welche auf Verwendung des Herzogs von Grammont gemildert wurde, soll gelauter haben: daß Piemont seine Invasion nur darum in's Werk gesetzt habe, weil es „von vornherein“ von Frankreich die Versicherung erhalten hatte, daß es dies ungestraft thun könne.

Die spanische Regierung berücksichtigt nach Berichten aus Madrid den wie erwähnt am 25. d. zusammen tretenden Cortes auf eine Intervention zu Gunsten des Papstes bezügliche Anträge vorlegen wollen. Das Kabinet hat Ros Rosas nach Rom geschickt, um dem Papste einen kräftigen Beistand anzubieten.

Die Dekrete Garibaldis, denen zu Folge die neapolitanische Flotte als gute Priße des Königs von Sardinien erklärt, und worin bestimmt wurde, daß alle öffentlichen Akte im Namen des „Königs von Italien“ vollzogen und publizirt werden, hat dem neapolitanischen Souveränem den Anlaß zu einer Note gegeben, welche den Repräsentanten derjenigen Mächte überreicht wurde, die noch in Gaeta vertreten sind. Sie ist vom 16. Sept. datirt und von dem Minister Cialdini unterzeichnet. Nachdem Hr. Cialdini die in Rede stehenden Dekrete Garibaldis citirt hat, sagt er: „Als beim Beginne der Expedition, welcher Europa seit vier Monaten bestrahlt, aber ohne zu handeln, zuseht, das Kabinet von Neapel das piemontesische Souveränem um Erklärungen bat, antwortete der Graf von Cavour im Namen der sardinischen Majestät, daß jene Ausrufungen gegen das Völkrecht im Widerspruch mit seinem Willen vollbracht wurden, und er erklärte ausdrücklich, daß der General Garibaldi sich eine offenbare Usurpation zu Schulden kommen lasse, indem er sich der Flagge Sardinien's und des Namens Victor Emanuels bediene.“ Nach einem Rückblick auf den bekannten Verlauf der Ereignisse schließt sodann das Actenstück folgendenmaßen: „Das Souveränem Sr. Majestät hofft noch immer, daß der König von Sardinien sich beeilen wird, mit der, der Loyalität anhängenden Entrüstung das seine Ehre beleidigende Geschenk der Flotte und des Gebietes eines befreundeten Souveräns zurückzugeben, um so mehr, als ihm dieses Geschenk durch einen Mann gemacht wird, den er selber als Usurpator behandelt hat. Der König von Sardinien wird hoffentlich nicht länger erlauben, daß sein Name und seine Fahne zu der Invasion eines friedlichen Staates mißbraucht wird, er wird sich gewiß beeilen gegen den Titel „König von Italien“ zu protestiren, den Garibaldi proclamirt hat und der die Vernichtung jedes anerkannten Rechtes und die vollkommene Absorption der noch übrigen unabhängigen Staaten in der Halbinsel voraussetzen läßt. Jedemfalls protestirt das Souveränem Sr. Majestät nochmals gegen die oben erwähnten Dekrete des Generals Garibaldi, es erklärt sie für nichtig in ihren Consequenzen, und es appellirt an die Gerechtigkeit Europas gegen ein Verfahren, welches das Mittelmeer, das Meer der Civilisation und des Handels in ein Piratenmeer verwandelt, und einer Nation die Vortheile einer Eroberung läßt, ohne die Verantwortlichkeit und die Gefahren des Kriegs.“ (Galanteriedegen gegen Knittel und Dold!) Die Berichte über die Schlacht am Volturno vom

1. October, (sie hat noch keinen bestimmten Namen), sind aus dem feindlichen piemontesischen Lager, den noch geht aus ihnen klar hervor, daß Garibaldi die königlichen Truppen nicht geschlagen hat, sondern, daß es ihm nur mit Mühe gelang, den machtvollen und ganz wohl combinirten Angriff derselben mit Hilfe der regulären piemontesischen Truppen abzuweisen. — Die sehr enthusiastische Garibaldi'sche Schilderung der „Independante belge“, nennt jenes Treffen, nur einen sehr unglücklichen Ausfall, der aber die königlichen nicht entmuthigt hat, denn zwei Tage darauf haben die königlichen Truppen abermals einen blutigen Ausfall aus Capua gemacht.

In einem Turiner Schreiben der „Kön. Ztg.“ bricht es, der Sieg Garibaldi's soll diesem sehr viel gekostet haben, und derselbe ist auch leider nicht so entschieden, als man im ersten Augenblicke gehofft hatte. Und in einem Pariser Brief dieses für Garibaldi begeisterten Blattes steht zu lesen: Wie die letzten Depeschen melden, ist die Niederlage der königlichen Truppen, deren Angriff auf die Stellungen der Garibaldi'schen Schaaeren eigentlich nur zurückgeschlagen wurde, ohne Einfluß auf die Dinge in Capua und Gaeta geblieben. Garibaldi machte am 4. selbst eine Recognoscirung in der Richtung nach Capua hin. Er constatirte, daß die Volturno-Linie noch immer stark besetzt war und daß die königlichen, trotz ihrer Niederlage in der Lage waren, sich energisch verteidigen zu können. Später begab sich der Dictator nach der Brücke von Tivoli, wo er erkennen konnte, daß auf der anderen Seite von Capua neue, durch zahlreiche Artillerie geschützte Redoubten aufgeworfen worden waren, die eine Umgehung des Places unmöglich machten. Ein neues Vorhaben gegen Capua wird daher wohl erst nach der Ankunft der Piemontesen erfolgen.

Verhandlungen des verstärkten Reichsrathes.

Sitzung am 14. September 1860.

(Fortsetzung.)

Berichterstatter Graf Clam las nun aus dem

Komiteeberichte den folgenden Abfah vor:

„Das Gesamt-Erforderniß des Ministeriums des

Innern würde sich sonach stellen auf 38.564.500 fl.

„In Betreff der im Laufe der nächsten Jahre noch zu bewerkstelligenden Ersparungen entnimmt das Komitee den darüber mit dem hohen Ministerium gepflogenen Erörterungen die Ueberzeugung, daß weitere wesentliche Ersparungen auf dem Gebiete der eigentlichen Administrations-Auslagen wohl nicht möglich sind, dagegen auf dem Gebiete direkt produktiver Auslagen erzielt werden können.“

„Der Herr Minister des Innern hat in dieser Beziehung beiliegende schriftliche Mittheilung an das Komitee gelangen lassen, welche daselbst hiemit dem hohen Reichsrathe unterbreitet.“

Graf Clam stellte die Anfrage, ob die Beilage des Berichtes vorgelesen werden sollte?

Auf die Anfrage Sr. Kais. Hoheit erklärte sich die Versammlung gegen die Vorlesung dieser Beilage, weil deren Inhalt bereits bekannt sei.

Dieselbe lautet jedoch wie folgt:

In Bezug auf die Ersparnisse, welche im Dienstbereiche des Ministeriums des Innern über die im gedruckten Voranschläge für das Jahr 1861 enthaltenen Ansätze hinaus

1. bei den Neubauten für die politischen Behörden und für die Strafhäuser, und

2. bei dem Reichsbaudienste eventuell in Aussicht stehen, kommt insbesondere zu bemerken, u. z.:

„Zu 1. daß während das Erforderniß für diese Rubrik in Jahre 1859 mit 1 1/2 Millionen, für das Jahr 1860 mit 1 Million eingestellt wurde, der Ansat in dieser Rubrik für das Jahr 1861 nur 700.000 fl. beträgt und auch bei dieser Summe eine Ersparnis von beiläufig 400.000 fl. sich ergeben dürfte.“

„Es stehen nämlich für die politischen Behörden bedeutenderen Neubauten bevor, und die Nothwendigkeit, so wie überhaupt die Gelegenheit hiezu verringert sich mit dem successiven Fortschreiten der Auflösung der entbehrlichen Behörden und mit dem Eintritte der noch in Aussicht stehenden weiteren administrativen Umstellungen.“

„Was die Strafhäuser anbelangt, so gehen die im letzten Jahrzehnte begonnenen Neubauten dem Ende zu, weshalb es sich auch in dieser Post nunmehr zunächst um die Erhaltungskosten handeln wird.“

„Zu 2. Beim Reichsbaudienste kommen die Rubriken:

a) Aufwand für die Baubehörden,

„b) Aufwand für den Straßenbau und
„c) Aufwand für den Wasserbau in Betracht.
„Zu a) Das Projekt zur Reorganisation der Bau-
behörden ist in der Ausarbeitung begriffen; die hiebei
bezielte Umgestaltung ist eine umfassende und grundsätz-
liche, bei welcher wesentliche Erleichterungen für den
Staatskassazins anzuheben sind.
„Annähernd kann die diesjährige Ersparnis mit
500.000 fl. angenommen werden.
„Zu b) beim Straßenbau wird im Zwecke der thün-
lichsten Erleichterung des Staatskassazins unter strenger
Wahrung der Interessen des Verkehrs und unter
Festhaltung an der Unverletzlichkeit der Erhaltung guter
Straßen und thünlichster Erweiterung des Straßen-
netzes, vor Allem die Einführung eines möglichst wohl-
feilen und zweckmäßigen Modus sowohl des Baues als
der Konseruation bezieht.
„Wie dahin und insoweit die Bedrängnis des
Staatskassazins eine ausgiebigere Fondszuwendung nicht
zuläßt, wird sich im Baue und in der Konseruation
nach den bisherigen Bestimmungen auf das Unentbehr-
liche beschränkt werden.
„Eine ergiebige Ersparnis in dieser Rubrik wird
sich dann herausstellen, wenn die Schuld des Staats-
kassazins an die ungarischen Landesbauwerke gänzlich
gestilgt worden sein wird, daher die demalsten in jeder
Jahres-Präliminare aufgenommenen Abzahlungsrate
entfallen werden.
„Zu c) Auch beim Wasserbau wird eine Erleichter-
ung der Finanzen eintreten, wenn die noch drei bis
vier Jahre erforderliche Abseignung ausgeführt sein
wird.
„Für diese Rubrik sind auf das Jahr 1861 636.000 fl.
veranschlagt, daher die Ersparnis hier mit wenigstens
500.000 fl. angesetzt werden kann.
„Wenn in Bezug auf die eben besprochenen Erspar-
nisse bedeutet wird, daß bei dem bestehenden Systeme
solche Ersparnisse nur auf dem Felde productiver Thä-
tigkeit erzielt werden, so muß dagegen vor Allem bemerkt
werden, daß bei dem bisherigen Systeme für Zwecke
der productiven Thätigkeit im Allgemeinen keine festen
Summen veranschlagt wurden, sondern für diese Zwecke
nur insoweit vorgedacht zu werden pflegte, als
eines der zuständigen Behörden gewisse für den Staat
oder einzelne Provinzen nutzbringende Neubauten in
Anregung gebracht wurden, und man sich der nicht
immer zutreffenden Erwartung hingab, daß die hie-
durch vom Staatskassazins zu tragenden Ausgaben in
der laufenden Staatseinnahme ihre Bedeckung finden
würden.
„Sobald nun die der Beendigung entgegengehen-
den Neubauten vollendet werden, deren plötzliche Ein-
stellung mit Rücksicht auf die bereits bestrittenen Aus-
gaben nicht mehr ausführbar ist, kann es nicht auffallen,
daß die präliminäre Ausgabe nach Umständen
entweder ganz entfällt, oder daß eine in dieser Be-
ziehung noch weiterhin zu präliminierende Post nur
die Erhaltungskosten der bezüglichen Objecte treffen
kann.
„Dabei kommt noch zu erwägen, daß unsere Fi-
nanzlage von einer Art ist, die es nicht gerathen er-
scheint, die unzulässigen Erleichterungen erst von
der vollständigen Durchführung der im Systeme an-
gebahnten Reformen abhängig zu machen. Es wird
vielmehr zur dringenden Pflicht, alle Ausgabrubriken
sichon jetzt der einbringlichsten und sorgfältigsten Ein-
sicht zu unterziehen und dieselbe nur auf die unver-
meidlichen und wesentlichen zu beschränken.
„Den bezüglichen Ersparnissen liegt das Streben
nach thünlicher Herstellung des finanziellen Gleich-
gewichtes durch Einführung einer strengen Wirtschaft-
lichkeit zum Grunde und dieses Streben muß be-
sonders in der Finanzlage für jedes System nicht nur als
empfehlenswerth, sondern als dringend geboten aner-
kannt werden.
„Es sind sonach in richtiger Auffassung des noch
aus den Vorjahren herrührenden Systems, dessen Um-
gestaltung angebahnt wird, die Bauten für die politischen
Behörden und Staatskassazins auf das Maß des wirk-
lichen Bedürfnisses beschränkt, und wenn dieselben ein-
mal beendet sind, kann es sich wohl hiebei nur um
die Instandhaltung derselben handeln. Werden übrige
nach Durchführung der in Aussicht stehenden or-
ganischen Reformen in der Verwaltung sich bei der
Bilanz zwischen den Einnahmen und Ausgaben des
Staates Activen herausstellen, so wäre wohl allerdings
das Feld productiver Thätigkeit dasjenige, welches zu-
vörderst mit den entsprechenden Mitteln bedacht werden
müßte; in dem gegenwärtigen Augenblicke handelt es
sich indessen zunächst und vor Allem um die Regelung
des Haushaltes und um unverzügliche Einführung al-
ler nur möglichen Erleichterungen, welche auch in die-
ser Zeit des Ueberganges, abgesehen vom Systeme,
nur immerhin realisierbar erscheinen, und dies wird mit
den oben angegebenen Einschränkungen bezweckt.
Der Berichterstatter Graf Clam las hierauf das
Komitee-Gutachten vor, wie folgt:
„Uebrigens kann das Komitee nicht umhin den An-
trag zu stellen, der hohe Reichsrath möge den Wunsch
ausprechen, daß mit der faktischen Auflösung der Lan-
desbehörden, welche mit den auf den definitiven Ver-
waltungs-Organismus der Monarchie Bezug habenden
Frage im innigsten Zusammenhange steht, bis zur
Einberufung der Landes-Vertretungen innegehalten
werde.“
Graf Clam bemerkte: „Das Komitee ist hier von
dem Gedanken geleitet worden, daß in diesem Augen-
blicke, in welchem die Ueberzeugung allgemein ist, und
auch in dem Komiteeberichte ihren Ausdruck findet, daß
wesentliche Veränderungen im Innern der Monarchie
bevorstehen und nothwendig sind, es nicht an der Zeit
sei, eingreifende Reformen, welche jenen Veränderungen
vorgehen, schon jetzt in aller Eile ins Werk zu setzen.
Es ist insbesondere hervorgehoben worden, daß die
Maßregel der Aufhebung der Landesbehörden der ein-
zelnen Kronländer die Gefühle der Bewohner dieser

Kronländer und diese selbst in ihrer Individualität
schwer verletzt habe. Daher wurde dieser Satz von
Komitee entworfen und einstimmig angenommen.“
Der Minister des Innern richtete an Sein-
heit, Hobeit die Bitte, daß die vorgedachte Beilage
verlesen werde; dies sei wünschenswerth, um sie zu
Öffentlichkeit gelangen zu lassen.
Se. kais. Hobeit erwiderte hierauf, daß diese Be-
ilage jedenfalls durch die „Wiener Zeitung“ veröffent-
licht werden würde.
Reichsrath Graf Auerberg: „Ich möchte den
vier gestellten Antrag des Komitees aus dem Grund-
sach nachdrücklich unterstützen, weil gegen die bereits
ausgesprochenen Vereinigungen einiger Landesregierun-
gen nebst den geographischen, politischen und — ich
kann wohl sagen — patriotischen Bedenken auch noch
administrative Bedenken erhoben werden können und
namentlich Befürchtungen sich daran knüpfen lassen von
einer administrativen Zurücksetzung, vielleicht auch Ver-
nachlässigung. Ohne darauf einzugehen, in wiefern
diese Bedenken gegründet sind oder nicht, möchte ich
doch hinweisen, daß dieser Umstand insbesondere rük-
sichtlich der Vereinigung von Krain mit dem Gebiete
von Triest stattfindet. Die Vereinigung heterogener
Interessen, wie sie nämlich hier obwalten, wird gewiß
kein administrativen Vortheile sein. Da jedoch
über diesen Gegenstand bereits ein Majestätsgeheim
vorliegt, welches seiner Erleuchtung im regelmäßigen
Wege entgegen steht, so erlaube ich mir nur, die Auf-
merksamkeit der hohen Versammlung auf diese Ange-
legenheit zu lenken, ohne durch ein weiteres Eingehen
in die Sache den Gang der Debatte aufzuhalten.“
Reichsrath Freiherr v. Petrin: „Ich ergebe das
Wort aus dem Grunde, weil mein Kronland zu den-
jenigen gehört, welche aufgehört haben, ein eigenes
Kronland zu sein, oder vielmehr, welche ihre Landes-
regierung verloren haben. Ich bin weit davon entfernt,
unserer Landesregierung das Wort reden zu wollen,
denn einen schwerfälligeren und ungewandteren Or-
ganismus, als die Landesregierungen waren, habe ich
nicht gekannt, und glaube hier nur an die Worte,
welche Herr Graf Baky in dieser Versammlung
ausgesprochen hat, erinnern zu dürfen, daß man Stellen
nicht der Sache wegen, sondern nur, um Beamte
anzustellen, geschaffen hat. Es gibt eine Masse Beamten
im Lande, die nichts zu thun haben und welche nur in
der Vervielfältigung der Form ihre Beschäftigung fin-
den. Ich habe die Unzweckmäßigkeit dieses Organismus
besonders betont, weil schon jener Organisator, der so
verschwenkerisch solche Stellen freite, hier eingesehen
hat, daß sie für kleine Kronländer zu viel wären, und
daher die Landesregierung und die Kreisbehörde in
eine Behörde zusammenzufügen sei und gleich in der
ersten Zeit zeigte sich die Unzweckmäßigkeit dieses Or-
ganismus. Die erste Instanz bildeten die Bezirksäm-
ter. Nun aber waren zwei Instanzen in einer und
derselben vereint, so daß sie bald als Kreisbehörde,
bald als Landesregierung sprach. Der einzige Unter-
schied, der statgefunden hat, war, daß, wenn sie als
Kreisbehörde urtheilte, der Statthalter rath rechts, und
wenn sie als Landesregierung sprach, der Statthal-
ter rath links saß, und es sind Fälle vorgekommen,
wo an eine und dieselbe Persönlichkeit Rekurse einge-
reicht werden mußten und die Sache verloren wurde,
weil sie schon bei der Kreisbehörde verloren war. Das
vorige Ministerium hat nun gefacht, eine Abhilfe dafür
zu finden und glaubte sie darin gefunden zu haben, daß
es gesagt hat: wenn die Landesregierung als Kreisbe-
hörde entschieden hat, so geht der nächste Rekurs an's
Ministerium. Damit ist aber keine Abhilfe gegeben,
denn die kleinen Kronländer haben eine Instanz ver-
loren, nämlich die der Landesregierung. — Es ist dies
außerordentlich wichtig bei allen politischen Angele-
genheiten, wobei selten die bestehenden Vorschriften an-
gewendet werden, weil man nicht sagen kann, daß ein
Gesetz besteht. Ich kann, wie gesagt, nicht das Wort
führen für die Landesregierungen und ich für meinen
Theil sehe die Unabhängigkeit eines Kronlandes in der
von Sr. Majestät dem Kaiser ausgesprochenen eigenen
Landesvertretung des Kronlandes und in der von un-
angestrebter Autonomie. — Soll ein bürokratischer
Organismus nur die Unabhängigkeit wahren, so würde
ich für meine Person darauf verzichten.“
„Es besteht aber noch eine andere Befürchtung, die
das Land allgemein theilt, und deshalb habe ich mir
eigentlich erlaubt, das Wort zu ergreifen.
„Durch die Aufhebung der Landesregierung ist näm-
lich der Religionsfond wieder nach Lemberg gewandert.
So lange er in Lemberg verwaltet wurde, war es grund-
sätzlich der Bukowina entzogen, daß die Ueberschußgelder
im Lande angelegt wurden.
„Erst mit der Kreirung der Landesregierung kam
die Gebahrung der Landesfonde in das Land und wurde
der Grundsatz ausgesprochen, daß die Ueberschußgelder
— (wie dies schon beim Kultusministerium gesagt
worden ist) — in der Bukowina angelegt werden.
„Es entsteht nun im ganzen Lande die Befürchtung,
daß diese Gelder nicht wieder im Lande angelegt werden,
und deshalb muß ich auch das hohe Ministerium um
Aufklärung bitten; denn es beruht diese meine Bitte
auf den gerechtesten und billigsten Forderungen der
Provinz.“
Der Minister des Innern: „Ich kann in die-
ser Beziehung dem Herrn Reichsrath Freiherrn v.
Petrin die Beruhigung geben, daß in der jetzigen
Gebahrung und Verwaltung der Gelder des Landes
nicht die mindeste Aenderung eintreten wird. — Es
ist sogar bedauerlich, daß dieser Fond, welcher ein Bu-
kowinaer Fond ist und in der Bukowina verbleiben
sollte, nach Lemberg, wie der Herr Reichsrath sich des
Ausdrucks zu bedienen beliebt, hinwegwandern mußte.
Das geschah nur deshalb, weil die Gebahrung mit
solchen Fonden jetzt Sache der Landesstelle ist, und
daher, so wie es früher in der Bukowina der Fall war,
jetzt bei der Galizischen Landesstelle geschehen muß.“
„Das ist übrigens nur eine Uebergangsperiode, welche

nicht lange dauern kann. Sobald die Autono-
mie des Landes verwirklicht ist, wird dessen Vertre-
tung zugleich mit jener der geistlichen Behörden ein-
nen gemeinschaftlichen Einfluß auf diese Fonde neh-
men und so dann kein Anstand sein, daß die ganz-
beharung der Gelder nach der Bukowina zurückgehen
und der Debut der dortigen Landesvertretung überge-
ben wird. Darüber darf nicht die entfernteste Befürch-
tung bestehen.“
„Ich finde dieses um so nothwendiger, auf daß
aus diesen Geldern den Gutsbesitzern zu Hilfe ge-
kommen werden könne. Alle Grundbesitzer, wie die
Besitzer ländlicher Realitäten in der Bukowina ge-
nießen noch nicht der Wohlthaten des Kreditvereins,
aus dem sie keine Aushilfe bekommen können, weil
sie theilweise die Landsteuern noch nicht in einem ge-
regelten Zustande befinden und die Normen noch nicht
bezeichnet sind, nach welchen die Berechnungen stattfin-
den sollen.“
„Ich glaube daher, daß die Verwendung dieser Gel-
der jetzt eine Wohlthat wäre, welche dem Lande unter
seinen Verhältnissen entzogen werden könne und dürfe, —
und glaube auch weiter die Bemerkung machen zu
sollen, daß die Ueberweisung des Religionsfondes, d. h.
der Gebahrung des Religionsfondes, an die Landesbe-
hörden so dann gleichfalls geschehen und daß eine Ver-
abreichung solcher Gelder an Galizische Gutsbesitzer
nicht stattfinden wird.“
Reichsrath Freiherr v. Petrin: „Ich danke dem
Herrn Minister für diese Erklärung, u. zw. aus einem
doppelten Beweggrunde, denn erstens liegt mir der
Religionsfond eben am Herzen, und es ist vollkommen
gerechtfertigt, daß er der Lemberger Landesregierung
übergeben wurde, weil in Czernowitz bei Anlage der
Gelder bedauerlicher Weise auch unläutere Beweggründe
mitgewirkt haben, — und zweitens, daß diese Gelder
im Lande angelegt werden sollen.“
Reichsrath v. Sakab: „An jene Posten aus dem
Budget des Ministeriums des Innern, auf welche das
Komitee die Aufmerksamkeit des hohen Reichsrathes be-
sonders hingelenkt hat, erlaube ich mir noch weiter-
zwei Posten zu reiben, nämlich die der Reiseauslagen
in der Summe von 1.392.622 fl. und die andere unter
dem Titel Diurnen im Betrage von 1.720.719 fl.
„Ich bin nicht der Anschauung, und es liegt kei-
neswegs in mir, nicht einsehen zu wollen, daß der al-
terhöchste Dienst der Reisen der Beamten, und beson-
ders der untersten Beamten nicht nothwendig mache,
und ich behaupte auch nicht in Bezug der Bezirksäm-
ter, daß diese Reisen überhaupt unnöthig wären. Es
geschehen aber bei diesem kommissionellen Verfahren
solche Mißbräuche, daß man bereits ein Handwerk
daraus gemacht hat, und Derjenige, der die meisten
Diäten und Reisekosten verrechnen kann, wird von sei-
nen eigenen Kollegen zum Künstler erhoben.“
„Es waren Zeiten und zwar Zeiten vor dem
Jahre 1848, welche man, wie in anderen Ländern,
so auch in Siebenbürgen die guten alten Zeiten nannte.
„Ich will für die Autorität und Vollkommenheit
der damaligen Institutionen durchaus nicht einstehen;
ich sehe ein, daß sie sehr viele Schattenseiten gehabt haben,
sowie überhaupt jede Institution ihre Licht- und Schat-
tenseiten besitzt, solche Seiten, welche in späteren Jah-
ren nicht mehr dem allgemeinen Wohle entsprechend wa-
ren, wofür uns die verflochtenen 10 Jahre auch ein hin-
längliches Beispiel geliefert haben, so daß wir nun selbst
auf dem Punkte sind, zu erklären, daß diese Verwaltung
gegenwärtig nicht mehr tauglich sei. Folglich können wir
auch nicht dafür eintreten, daß jene Institutionen,
welche wir jetzt mit unserem besten Wissen und Gewissen
für die Zukunft bereiten wollen, nicht etwa auch mit
der Zeit eine Schattenseite zeigen werden.“
„Wie gesagt, ich will keine Eobrede auf diese gu-
ten alten Zeiten halten, — sie hatten aber auch ih-
ren guten Seiten.“
„Damals hat zum Beispiele der Beamte in Sie-
benbürgen sehr oft die Drischaffen in seinem Bezirk
besucht und mitunter die Angelegenheiten, ohne vom
Wagen herunter zu steigen, geschlichtet. — Ich sag-
nicht, daß es auf diese Weise am besten geschah; aber
die Parteien waren meistens zufrieden damit, und dies
Verfahren kostete dem Staate gar nichts. Man wird
auch, so denke ich, darauf antworten können, desto
mehr habe dies alte Verfahren dem Volke gekostet;
ich erwidere dagegen, von diesen Kosten, dafür kann
ich eintreten, ist das Volk auch jetzt nicht befreit.“
„Uebrigens, auch abgesehen von dem Gesichtspunkt
der Finanzen, muß ich behaupten und sagen: Diese
jetzige kommissionelle Verfahren, diese vielen Reisen be-
den unterstehenden Behörden lähmen auch die Verwal-
tung selbst.“
„Jeder Beamte trachtet nur viele Reisen in seinem
Bezirk zu unternehmen, um Diäten zu sammeln, die
reellen Arbeiten aber bleiben beim Amte liegen, wäh-
rend dieselben ganz besonders in's Leben des Volkes
eingreifen.“
„Man ist sehr geneigt, die Stöckung in der Ver-
waltung der Unzulänglichkeit der Arbeitskraft zuzuschrei-
ben. Ich will dies so unbedingt nicht glauben, wenn
man nicht zugleich oder mitunter die Unzulänglichkeit
der geistigen Kraft darunter meint. Die Verwaltung
stodt, wie gesagt, erstens durch diese vielen kommis-
sionellen Ausflüge; es stodt dieselbe in Siebenbürgen
insbesonders mitunter sehr wegen der vielen Jagden
und der Jagdlust, welche nirgends in ganz Oesterreich
so von den Beamten ausgebeutet wird, wie gerade in
Siebenbürgen, wo es mit dem Bureauleben auch zu-
weilen ein eigenes Bewandniß hat. Man glaubt sei-
nen Pflichten Genüge geleistet zu haben, wenn man
sechs bis sieben oder auch acht Stunden im Bureau
zugebracht hat, ohne etwas gearbeitet zu haben; ja so-
gar, wenn man die Dienststunden genau eingehalten
hat, hält man sich, abgesehen von der geleisteten Arbeit,
noch berechtigt zu einer besonderen Belohnung.“
„Die Verwaltung stodt ferner wegen der vielen
Ausweise, der periodischen Ausweise nämlich; und es

leidet nicht nur die Verwaltung selbst, sondern es lei-
det auch die Parteien hierdurch sehr. Man verfaßt
nämlich periodische Ausweise und weiß zwar sicher, daß
man nicht die Hälfte der Wahrheit gemäß eingetragen
hat; aber man kann der Wahrheit nicht auf den
Grund kommen, und die höheren Behörden sind das
mit zufrieden, und die Verwaltung selbst, wenigstens
ist das meine Meinung, leidet nur dadurch.“
„Ich habe die Erfahrung gemacht vor zwei Jah-
ren, wo ich eine hochgeachtete Persönlichkeit besuchte,
welche die Oberaufsicht über die unteren Ämter in Ge-
richts-Angelegenheiten hatte. — Ich wurde von dersel-
ben gefragt, wie denn die Sachen bei dem Bezirks-
amte, wo ich wohnte, gingen? darauf sagte ich: es
ginge eben, wie es geht, aber die Verlassenschafts-Ab-
handlungen, die Waisen-Angelegenheiten, die Landes-
Intabulationen, die Stöcken sehr.“
„Das Unglück hat nun gewollt, daß der periodi-
sche Ausweis gerade an demselben Tage angelangt war,
er lag auf dem Tische. Die betreffende Persönlich-
keit meinte in Folge dessen mir keinen Schaden schen-
ken zu sollen, und hat mich gar nicht angerufen, son-
dern sich allein auf diesen Ausweis berufen, worin gar
keine Rückstände nachgewiesen waren. Ich mußte mich
daher beschämt vor diesem Ausweise zurückziehen und
eingestehen, es ist vielleicht so, wie es dasht, trotz al-
ledem, daß ich überzeugt bin, daß viele von denselben
Gegenständen, so wie vor zwei Jahren auch noch heute
unverändert sind. Das sind die Ursachen, auch wenn
die Administration stodt, und nicht wegen Unzuläng-
lichkeit der Kräfte. Ich könnte noch viel solche Ur-
sachen vorbringen, welche alle zum Beweise der Unbrauch-
barkeit des gegenwärtigen Systems unserer politischen
Administration dienen könnten. Da jedoch dieser
Grundsatz bereits vom Komitee ausgesprochen und von
allen Seiten bestätigt worden ist, so brauche ich sie
nicht anzuführen. Ich stelle daher nun den Antrag,
der hohe Reichsrath möge unter den Posten, welche
der besondern Aufmerksamkeit des Ministeriums für
die Zukunft, insoweit als die neue Organisation nicht
eintritt, empfohlen werden sollen, in Bezug auf die
Ersparung auch insbesondere die Reiseauslagen und
Diäten einreichen.“
„Was den letzten Punkt des vorgelesenen Berich-
tes anbelangt, in welchem nur von den Landesbehör-
den und Landesstellen die Rede ist, so habe ich gehört,
daß in Siebenbürgen vielleicht auch vier Komitatsäm-
ter aufgelöst werden sollen, wenn auch nicht jetzt, doch
daß dies wenigstens im Zuge sei. Ich stelle daher
folgenden Antrag: Zu diesen Landesbehörden zugleich
auch anderer mittlerer Behörden Erwähnung zu thun,
aus dem Grunde, welchen Graf Clam bereits ausge-
sprochen hat. Es dürfte nämlich die Bevölkerung
sehr beirren, daß demalsten, wo schon eine ganz neue
Organisation einzuführen wäre, die Mittelbehörden
organisiert werden, da man dann auf jene schon lange
verheißene Zukunft nicht rechnen zu können glauben
würde, und zweitens aus der Rücksicht, weil in Sie-
benbürgen die neue Eintheilung, welche seit 10 Jah-
ren eingeführt ist, die frühere, auf einem wirklich hi-
storisch-nationalen Grundsatz basirte Eintheilung beirrt
hat und das Volk der Hoffnung sich hingibt, diese
die nationale, politische und historische Seite beirrende
Eintheilung bald beseitigt zu sehen und eine der frü-
heren anpassende neue zu erhalten. Damit würden die
Erwartungen der Bevölkerung, wie gesagt, nicht beirrt
und der Mißmuth behoben.“
(Fortsetzung folgt.)

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 10. Oktober. Se. Majestät der Kaiser
hat der römisch-katholischen Geistlichkeit in Sieben-
bürgen einen Betrag von 8894 fl. 39 kr., und der
evangelisch-reformirten Geistlichkeit 84.000 fl. als Zehent-
Entschädigungs-Vorschuß bewilligt. Die Geistlichkeit
der evangelisch-anglikanischen Confession ist schon früher
mit einem solchen Vorschusse in der Summe von
210.000 fl. allerhöchsten Orts bedacht worden.
Wie bairischen Blätter melden, hat Sr. Maj. der
Kaiser von Oesterreich dem bairischen Legationsrath
Sobas das Komthurekreuz des Franz-Josephs-Or-
dens verliehen zur Anerkennung der vielfachen Dienste,
welche dieser als bairischer Generalkonsul in Genua
während des letzten italienischen Feldzuges den öster-
reichischen Kriegsgefangenen und Verwundeten geleis-
tet hat.
Der Herr Ministerpräsident Graf von Rechberg
dürfte, der „Autogr. Corresp.“ zufolge, zwischen dem
18. und 20. v. Wien verlassen, um sich nach Warschau
zu begeben.
Der k. französische Botschafter Marquis de
Mouffier ist heute hier angekommen.
Der k. Botschafter zu Paris, Fürst Metternich
wird morgen von Böhmen hier eintreffen.
Der k. englische Gesandte Lord Loftus, ist heute
von Koburg hier angekommen.
Der päpstliche Großalmosenier, Erzbischof Prinz
Hohenlohe-Schillingensfürst, befindet sich in Ka-
milienanlegenheiten hier und reist nach Breslau.
Gestern wurde, wie der „Wanderer“ berichtet, der
Anlagebeschluß wider den Direktor Richter, wegen
Verbrechens des Betruges und der Verleitung zum
Mißbrauche der Amtsgewalt und wider dessen Gesellschaf-
tührer Kromholz wegen Mißbrauch am Verbrechen
des Betruges gefaßt.
Graf Bay hat, wie dem „Wanderer“ berichtet
wird, das Ehrenamt eines General-Inspektors der pro-
testantischen Kirche A. C. in Ungarn niedergelegt und
wird zu dem General-Konvente nicht nach Pest gehen.
Mehrere reiche Familien in Mailand finden es
bort nicht mehr gebräuer, und haben in verschiedenen
großen Hotels in Wien durch den Telegraphen-Quar-
tier auf die Dauer des ganzen Winters bestell-
t.
Aus Verona, 4. October, schreibt man der „Tr.
Ztg.“, daß seit einigen Tagen häufig Soldaten der

Deutschland.

Frankreich.

Sie werden wissen, schreibt der Pariser Corr. der „Volkshfreund“, daß Louis Napoleon einen vertrauten Rath bezieht, den er zuweilen versammelt um anhört, um hernach zu thun, was ihm beliebt. Er wendet sich nur vor der Welt den Ehern geben, als höre er auf seine besetzten Räte, damit nicht auf ihn alle die moralische Verantwortlichkeit für seine Handlungen falle. Ein Zugeständniß, aber nur ein angenehmes, für die öffentliche Meinung! Neulich war dieser vertraute

Schweden.

Italien.

Das „*A. des Dsh.*“ bringt über die Schlacht an Volturno vom 1. d. folgenden Bericht: „Die Königlichsten wollten einen entscheidenden Schlag verfechten. Sie fühlten sich cernirt, sie mußten, doch Garibaldi, stets vorrückend, ihnen im Rücken, das Canonicere vollständig geschlagen und das Neapel ohne Vertheidigung war. Um 6 Uhr Morgens rückten 15.000 Mann aus den Ausfallsthoren Capua's, darunter 5000 Reiter unter General Palmieri und 5 Batterien unter General Nigri. General Ritucci hatte das Ober-Commando. Die Generale Asan di Rivera, Barbalonga, o. Michel commandirten unter ihm. Zu gleicher Zeit rückte ein Corps von 5000 Mann auf Maddaloni, um Garibaldi im Rücken zu fassen und ihm den Rückzug abzuschneiden. Die Königl. theilten sich in zwei Corps, das eine sollte, auf der Eisenbahn vorgehend, die Garibaldianer bei Archi di Santa Maria angreifen, und ihre Aufmerksamkeit auf diesen Punkt lenken, das andere sollte auf der parallelen Straße rechts durch De fileen gehen, sich durch die reactionären Bauern verstärken und im Rücken der Garibaldianer auf Santa-Maria stürzen. Ein anderes Corps von 1000 Mann sollte aus Piana aufrücken, unterhalb Cajazzo's über den Volturno gehen und durch San-Lucio debouchiren. Garibaldi hatte diesen Angriff vorausgesehen und die Königl. fanden bei dem Vorrücken anstatt freier Pässe überall Hindernisse und Barricaden. Um 6 1/2 Uhr begann die Gewehrfeuer, bald darauf der Kanonentonnen. Während der General Ritucci die von ihm befohlenen Bewegungen ausführen ließ, commandirte Garibaldi, der nach dem Kampfsplatze geeilt war, die Gegen-Operationen. Er ließ zu seiner Linken von San-Lucio das Regiment Melandini aufbrechen und durch

Rußland.

Montenegro.

Effien.

Amerika

Walker's Tod schreibt die „New-Yorker Handels-Zeitung“ erregt hier im Norden auch nicht die mindeste Theilnahme. Der Abschuß und das Entsetzen vor den namenlosen Greueln, die er seiner Zeit in Nicaragua verübt, die Erinnerung an die Tausende von Unglücklichen, die er nicht bloß durch seine völlige Unsäfigkeit, sondern durch seine kalte Selbstsucht, seine Geizsucht und Habgucht gesopfert hat, lassen auch nicht einmal ein rein menschliches Mitleiden aufkommen. Er ist niemals ein versuchter Held und Staatsmann gewesen, dem nur der Erfolg schle, um seine geistige Bedeutung in helles Relief zu setzen; er war nur ein halb wahnsinniger Freibeuter, dem, mit Ausnahme des physischen Muths, auch nicht eine einzige der Anerkennung werthe Eigenschaft des Charakters fehlte. Für die Ehre seines Vaterlandes ist er um sechs Jahre zu spät gestorben. Für das Unheil, das er angerichtet für den Haß und die Verwünschungen, die er gegen die Vereinigten Staaten in den Spanisch-Amerikanischen Republiken erweckt, für den Schaden, welchen er dem Einflusse der Vereinigten Staaten auf ihre Nachbarkstaaten zugefügt hat, ist sein Tod eine viel zu geringe Sühne. Wenn sein Verbrechen als ein abschreckendes Beispiel wirkt, wie der des General Lopez in Havanna und des Freibeuters Grabbe in Unter Californien, wenn damit dem Fluchsthum für immer ein Ende gemacht und so die Möglichkeit eines künftigen

Handels- und Börsen-Nachrichten.

— Natleond'sers fl. 1070 verlant, 1150 beajlt. —
 Bollwichtige flolländische Dufaten fl. 630 verl., 620 beajlt. —
 Bollwichtige öfterr. Rand-Dufaten fl. 632 verl., 62½ beajlt. —
 Soln. Pfandbriefe nebt luf. Gouv. fl. v. 100^{er} verl., 100 be. —
 — Galt. Pfandbriefe nebt luf. Coupons fl. öfterr. Währung
 7½ verl., 6½ beajlt. — Grantentloftungs-Obligationen öfterr.
 Währung 68 verlant, 66½ be. — Rational - Anleibe von dem
 Jahre 1854 fl. öfterr. Währ. 75 verlant, 73½ beajlt. Aktien
 der Carl-Ludwigsbahn, ohne Coupons mit der Eingahlung 60%,
 f. öfterr. Währ. 155 verl., 152 be.

Neueste Nachrichten.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Socjet.
 Herausgeber der Anzeigen und Abgerechnen

Verzeichniß der angetommenen und abgehenden
vom 11. October 1860.

Wegreißt sich die Herren Wundstößer: Fabians (H. L.) von
 Nowitz nach Wroblowitz, Julian Wachstein nach Bayreuth,
 Eduard Beckowitsch nach Geyersdorf, Franz Augel nach
 Sieghausen, Felix Witzel nach Polen, Ladislaus Wodkisch
 nach Polen, Wenzelmann Roganitz nach Sendzheim, Arnold
 Wieselowski nach Daleswie, Apollonia Kottowski nach Gartzow,
 Wenzel Deber, f. f. Etanballer, Naib, nach Wien, Ale-
 xander Wodkisch, f. f. Polig, Wundst, nach Wien.

Mit Rücksicht auf die in neuerer Zeit vorkommenden Fälle der Agiotage mit Scheidemünzen wird zur Warnung gegen diese geschwundene Handlung, das mit dem Erlasse des k. k. Finanz-Ministeriums v. 18. November 1850 (Reichs-Gesetzblatt CLIII. Stück Nr. 451) kundgemachte Verbot des Handels mit Scheidemünzen, hiemit republicirt.

Dasselbe lautet wie folgt:
Schon mit den Patenten v. 20. Mai 1746, 12. Juni 1768, 12. October 1802 und Hoffkanzlei-Decret vom 20. März 1807 wurde das Agiotieren mit Scheidemünzen unter Festsetzung schwerer Strafen, auf das Schärfste unterlag.

Da es dessen ungeachtet Menschen gibt, die in jüngster Zeit die Agiotage mit der Silber- und Kupfer-Scheidmünze zum Nachtheile des Staates sowohl, als der Privatleute betreiben, so wird neuerlich alles Kaufen und jeder wie immer geartete Handel mit solcher Münze, auf das Strengste verboten.

Die diesem Verbot zuwider Handelnden sind, nebst dem Verfall des Gegenstandes der Uebertretung, mit dem Ein- bis Vierfachen des Betrages der Scheidemünze, womit der verbotswidrige Verkehr verübt oder versucht wurde, zu bestrafen. Das geringste Ausmaß der zu verhängenden Geldstrafe wird aber jedenfalls auf den Betrag von fünfzig Gulden festgesetzt.

Das Verfahren wegen dieser Uebertretungen ist nach dem Gesetze über Gefälligkeitsurtheile von den, zur Erhebung und Befragung der letztern bestellten Behörden und Gerichten zu pflegen.

Der Angezogene einer solchen Uebertretung erhält den halben Strafbetrag als Belohnung.

Vom k. k. Statthalterei-Präsidium.
Lemberg, am 4. October 1860.

N. 1081. Edykt. (2235. 2-3)

C. k. Urząd powiatowy w Starym Sączu jako Sąd podaje do powszechniej wiadomości, że w skutek uchwały c. k. Sądu obwodowego w Nowym Sączu z dnia 25. Kwietnia 1860 L. 377 na zaspokojenie wierzytelności Jędrzeja Piotrowskiego w sumie 291 złr. 49 kr. mk. przymusowa sprzedaż tym długiem obciążonej a Jakubowi Wenzowi jako własność należącej 1/16 części realności w Starym Sączu położonych, jakoto:

- domów pod L. 256 i 257 wraz z ogrodem i
- gruntu ówierz pola szpitalne zwanego, która 1/16 część realności a) na 95 złr. 23 1/2 kr. mk., a realności b) na 125 złr. mk. sądownie oszacowana jest, w dwóch terminach, t. j. 10. Października i 20. Listopada 1860 każdą razą o godzinie 10tej przedpołudniem w tutejszym c. k. Sądzie odbędzie się.

Warunki tej licytacji, ekstrakt tabularny i akt szacunku mogą być przejrane w tutejszo-sądowej registraturze w zwykłych godzinach kancelaryjnych. Gdyby w tych dwóch terminach ta 1/16 część tych realności przynajmniej w cenie szacunkowej sprzedana niebyła, na ten wypadek naznacza się dzień 20. Listopada 1860 o godzinie 3ej po południu, do wysłuchania wierzycieli względem ułatwiających warunków z tym dodatkiem, że niestający wierzyciele poczytanymi będą za przystępujących do większości głosów stających.

O rozpianiu tej licytacji zawiadamia się was: ówłaściciele i wierzyciele hipotecznych z miejsca pobytu znajomych do rąk własnych, a z miejsca pobytu niewiadomego współwłaściciela Alfreda Rucińskiego i życia i miejsca pobytu niewiadomą współwłaścicielkę Zofia Stauberową, jako też i wszystkich współwłaścicieli i wierzycieli, którzyby po 5. Marza 1858 do ksiąg gruntowych weszli, lub którymby mniejsza uchwała doręczoną być niemogła na ręce pana Jana Hölzla, który im z podstawieniem pana Antoniego Christa za kuratora jest ustanowionym.

Z c. k. Urzędu powiatowego jako Sądu.
Stary Sącz, dnia 10. Września 1860.

N. 13953. Edict. (2194. 3)

Vom k. k. Krakauer Landes-Gerichte wird mittels gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider Chiel Sessel die k. k. Finanz-Procuratur unter dem 12. September 1860 Z. 13953 wegen unbefugten Auswanderung eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber zur Festsetzung der Einrede binnen 90 Tagen unterm heutigen Tage verhandelt wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten Chiel Sessel unbekannt ist, so hat das k. k. Landesgericht zu seiner Vertretung und auf seine Gefahr und Kosten den hiesigen Landes-Advokaten Hrn. Dr. Geissler mit Substituierung des Landes-Advokaten Hrn. Dr. Samelsohn als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtshelfer dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem Landesgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertretung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Krakau, am 24. September 1860.

N. 10612. Rundmachung. (2204. 3)

Von der k. k. Kreisbehörde in Rzeszów wird kundgemacht, daß zur Verpachtung der, der Stadtgemeinde Przeworsk für die Zeit vom 1. November 1860 bis Ende October 1861 bewilligten Gemeindegutsstücke mit 50% von gebrannten geistigen Getränken und mit 40%

vom Bier, die 2te Licitation am 15. October l. J. und für den Fall eines ungünstigen Ergebnisses die 3te Licitation am 22. October 1860, jedesmal um 9 Uhr Morgens in der Kanzlei des Przeworsker Magistrats stattfinden wird.

Der Ausrufspreis für das erste Gefäß beträgt 1333 fl. 96 kr. 5. W., für das zweite Gefäß 626 fl. 50 kr. öftere. Währ.

Pachtlustige müssen 10% des Ausrufspreises als Badium erlegen.

Rzeszow, am 30. September 1860.

3. 9305. Edict. (2134. 3)

Vom k. k. städt. bel. Bezirksgerichte in Krakau wird hiemit bekannt gemacht, daß im Jahre 1859 ein Vertrag von 40 fl. 5. W. in Krakau auf der Gasse gefunden worden ist. Da diesem Gerichte der Eigentümer unbekannt ist, so wird derselbe hiemit aufgefordert, binnen einem Jahre sich hiergerichts zu melden, und sein Recht darauf gehörig darzuthun, widrigenfalls die Folgen des §. 392 a. l. G. B. eintreten würden.

Krakau, am 13. September 1860.

N. 9305. Edykt.

C. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie podaje do publicznej wiadomości, iż w roku 1859 znaleziona została kwota 40 złr. w. a. w Krakowie na ulicy.

Gdy właściciel tej kwoty sądowi temu wiadomym niejest, przeto wzywa się tenże, aby się w ciągu roku do tutejszego sądu zameldował i swoje prawa należycie wykazał, w przeciwnym bowiem razie skutki §. 392 ustawy cywilnej powołanej przewidziane, nastąpićby musiały.

Kraków, dnia 13. Września 1860.

Nr. 786. Rundmachung. (2206. 3)

Am 15. October 1860 Vormittags wird in dem Amtlocale der k. k. Kreisbehörde die Veräußerung mehrerer Zimmer-Einrichtungsstücke im öffentlichen Licitationswege stattfinden.

Kauflustige werden eingeladen sich am besagten Tage hieramts einzufinden.

Von der k. k. Kreisbehörde.
Krakau, am 4. October 1860.

N. 786. Obwieszczenie.

Dnia 15. Października 1860 przedpołudniem odbędzie się w biurach c. k. Władzy obwodowej publiczna licytacja względem sprzedaży różnych mebli.

Chęć kupowania mający zechcą się w powyższym terminie w miejscu oznaczonym stawić.

Kraków, dnia 4. Października 1860.

Rundmachung.

Die kais. königl. priv. galizische Carl Ludwig-Bahn beabsichtigt die nächst Bochnia befindliche hölzerne Brücke über den Raba-Fluß, so wie die Inundations-Brücke daselbst, durch stabile Brücken mit Eisenconstruktionen zu ersetzen, und die Herstellung der dabei vorkommenden Erd-, Maurer-, Steinmeh- und Zimmermanns-Arbeiten im Offertwege zu vergeben.

Die betreffenden Herstellungen betragen:

- Für den Unterbau der Raba-Flußbrücke St. Nr. 435/458 . . . 60.465 fl. 29 fr.
- Für den Unterbau der Inundations-Brücke St. Nr. 449/450 . . . 4.777 fl. 24 fr.
- Für Damm-Anschüttungen, Uferbauten und sonstige Neben-Arbeiten . . . 25.411 fl. 45 fr.

Zusammen . . . 90.653 fl. 98 fr.

Die Offerte müssen die Erklärung enthalten, daß der Offertent die Pläne, Preistabellen, allgemeinen und speziellen Baubedingnisse eingesehen, unterfertigt und wohl verstanden habe, ferner müssen die Nachlässe in Prozenten deutlich ausgedrückt, und endlich muß die Befähigung des Offertenten zu solchen Bauführungen nachgewiesen werden.

Die derart verfaßten Offerte müssen bis längstens 20. October l. J. versiegelt, mit der Aufschrift:

„Anbot zur Herstellung der Raba-Brücke“

an die Centralleitung der Carl Ludwig-Bahn in Wien (Stadt, Heidenschuß, im Gebäude der Credit-Anstalt) eingereicht werden.

Dem Offerte ist der Erlagschein über ein bei der Gesellschafts-Kasse in Wien oder bei der Betriebs-Leitung in Krakau zu diesem Zwecke deponirtes Badium von 5000 fl. ö. W. beizulegen.

Das Bau-Projekt ist vom 1. October an bei der Central-Leitung in Wien, dann bei der Betriebs-Leitung in Krakau einzusehen.

Wien, am 29. September 1860.

Von der k. k. priv. galiz. Carl Ludwig-Bahn.

Meteorologische Beobachtungen.

Barom.-Höhe auf in Par. d. Eintr. 10. Meaum. erd.

Temperatur nach Reaumur

Spezifische Feuchtigkeit der Luft

Richtung und Stärke des Windes

Zustand der Atmosphäre

Erscheinungen in der Luft

Veränderung der Wärme im Laufe d. Tage von 1 bis

10. 2 325 94 6.1 67 Nord West mittel Trüb

11. 6 26 60 3.4 80 West mittel heiter mit Wolken

12. 6 26 60 2.8 75 West mittel Trüb

Intelligenzblatt.

Die Kanzlei

des Landes- und Gerichts-Advocaten

Dr. Josef Schönborn

befindet sich gegenwärtig

in der Grodzkyer-Gasse Nr. 74/101,

im Hause des Herrn Notars Strzelbicki,

2. Stock. (2233. 1-3)

Ausweis (2232. 1-3)

über die Betriebs-Einnahmen der k. k. privileg. galiz.

Carl-Ludwig-Bahn.

Betriebsstrecke: 28 Meilen.

Monat Personen-Verkehr Frachten-Verkehr Zusam.

Anzahl d. Währ. Zoll. d. Währ. d. Währ.

September 1860 26.008 50226 2 397999 121817 24 172043 26

Oktober 1860 31.000 50226 2 3.979.999 121.817 24 172.043 26

Stumma 193738 355480 28 1.444.15 2.41658 35 1.497.138 63

Die Brutto-Einnahme im Aug. 1859 (Betriebsstrecke von 23 Meilen) betrug . . . 146397 4

*) Außerdem wurden 33.153 Zoll-St. div. Regie-Güter ohne Anrechnung der Frachtabgabe befördert.

Wien, am 1. October 1860.

Von der k. k. galiz. Carl-Ludwig-Bahn.

DAS BUREAU

der Krakauer

Handels- und Gewerbekammer

befindet sich gegenwärtig

im Gebäude des hiesigen frommen Leih-

institutes, Heugasse Nr. 466/53 Gm. I.

im 1. Stock. (2234. 2-3)

Geheime und Geschlechts-Krankheiten,

sowie deren Folgeleiden:

Impotenz, Unfruchtbarkeit, Rückenmarkschwindel u.

heißt brieflich, schnell und sicher, gegen angemessenes Honorar, Dr. Wilhelm Gollmann, Wien, Stadt Nr. 557.

Von demselben ist auch sein bereits in 4. Aufl. erschienen und bewährter Rathgeber in allen geschlechtlichen und Geschlechts-Krankheiten u. gegen Einleitung von 2 fl. 30 fr. zu beziehen. (2140. 3-12)

der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu

100 fl. öfter. Währung . . . 103.25 103.50

Donau-Dampfschiff-Fahrt-Gesellschaft zu 100 fl. öfter. Währ. . . 94. 95.

Erziehungs-Anstalt zu 100 fl. öfter. Währ. . . 110. 112.

Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. öfter. Währ. . . 37.75 38.

St. Maria zu 40 fl. öfter. Währ. . . 81. 82.

St. Michael zu 40 fl. öfter. Währ. . . 36. 37.

St. Peter zu 40 fl. öfter. Währ. . . 34. 35.

St. Paul zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Vincent zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Martin zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Anna zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Barbara zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Elisabeth zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Margaretha zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Katharina zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Agatha zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Lucia zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Margaretha zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Barbara zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Elisabeth zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Margaretha zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Katharina zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Agatha zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Lucia zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Margaretha zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Barbara zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Elisabeth zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Margaretha zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Katharina zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Agatha zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Lucia zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Margaretha zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Barbara zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Elisabeth zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Margaretha zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Katharina zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Agatha zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Lucia zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Margaretha zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Barbara zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Elisabeth zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Margaretha zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

St. Katharina zu 40 fl. öfter. Währ. . . 35. 36.

Dr. WITSKI

Advokat

wohnt jetzt in der Florianer Gasse im

Hause des Herrn Wojda H.-Nr. 545, Gm. V.,

I. Stock. (2207. 3)

Wiener - Börse - Bericht

vom 9. October.

Öffentliche Schuld.

A. Des Staates.

100 fl. öfter. Währ. zu 5% für 100 fl. . . 61.50 61.75

100 fl. öfter. Währ. zu 5% für 100 fl. . . 75.40 75.70

100 fl. öfter. Währ. zu 5% für 100 fl. . . 95. 95.50

100 fl. öfter. Währ. zu 5% für 100 fl. . . 64.90 65.15

100 fl. öfter. Währ. zu 5% für 100 fl. . . 58. 58.50

100 fl. öfter. Währ. zu 5% für 100 fl. . . 123. 123.50

100 fl. öfter. Währ. zu 5% für 100 fl. . . 88.25 88.50

100 fl. öfter. Währ. zu 5% für 100 fl. . . 88.75 89.50

100 fl. öfter. Währ. zu 5% für 100 fl. . . 15.25 15. 0

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen

100 fl. öfter. Währ. zu 5% für 100 fl. . . 88. 88.50

100 fl. öfter. Währ. zu 5% für 100 fl. . . 86. 86.50

100 fl. öfter. Währ. zu 5% für 100 fl. . . 84. 84.50

100 fl. öfter. Währ. zu 5% für 100 fl. . . 85. 85.50

100 fl. öfter. Währ. zu 5% für 100 fl. . . 96. 96.50

100 fl. öfter. Währ. zu 5% für 100 fl. . . 86. 86.50

100 fl. öfter. Währ. zu 5% für 100 fl. . . 66.75 67.25

100 fl. öfter. Währ. zu 5% für 100 fl. . . 64. 64.50

100 fl. öfter. Währ. zu 5% für 100 fl. . . 65.50 66. 50

100 fl. öfter. Währ. zu 5% für 100 fl. . . 63.25 63.75

C. Aktien.

er Nationalbank . . . dr. St. 755. 757. 50

er Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. öfter. Währ. . . 171. 171.20

er Reich.-Öst. W.-Comp.-Gesellschaft zu 500 k. ö. W. . . 540. 542. 50

er Kaiser.-Ferd.-Nordbahn 1000 fl. G. W. . . 1808. 1810. 50

er Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. G. W. . . 257. 258. 50

er Kaiser.-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. G. W. . . 189. 190. 50

er Süd-nordb. Verbin.-B. zu 200 fl. G. W. . . 113.50 114.50

er Rheinb. zu 200 fl. G. W. mit 140 fl. (20% Einz.) . . 147. 147. 50

er Südb. Staats-, lomb. ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öfter. Währ. oder 500 fr. . . 145. 146. 50